



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 19.03.2013

## Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 11.03.2013, 15:35 Uhr bis 17:03 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	i. V. für Herrn Görzel
Herr Karel Schiele	pro Köln	i. V. für Herrn Maul

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD



- 3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 28.01.2013  
"Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011"  
0716/2013
- 3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Detjen vom 10.12.2012  
Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung in  
marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten  
0112/2013
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 28.01.2013  
Neuer Rundfunkbeitrag  
0713/2013  
*Tischvorlage*
- 3.5 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung  
des AVR vom 10.12.2012 zu TOP 7.2  
Betr.: Datenhandel der Stadt Köln  
0783/2013  
*Tischvorlage*
- 3.6 Landeshundegesetz NRW (LHundG), Kostenerstattung nach Sicherstellungen  
3350/2012  
*Tischvorlage*
- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013  
Armutszuwanderung nach Köln  
AN/0296/2013
- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.03.2013  
Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet  
AN/0180/2013
- 6.3 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.03.2013  
Berücksichtigung sozial- und umweltpolitischer Aspekte bei der Erstellung einer Köl-  
ner Vergabeordnung  
AN/0345/2013
- 6.4 Anfrage der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 07.03.2013  
Neues Meldegesetz  
AN/0351/2013  
*Tischvorlage*
- 10.3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013  
Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die  
Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"  
AN/0289/2013
- 10.4 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur  
Umsetzung der Bürgervorschläge  
0701/2013

- 10.5 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle  
0549/2013
- 10.6 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
Personalgestellung für die Überwachung in der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße  
4588/2012  
*Tischvorlage*
- 10.7 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen  
0873/2013  
*Tischvorlage*

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 16.5 Migration des BS2000-Verfahrens "AKDN sozial" (wirtschaftliche Sozialhilfe) auf Linux  
hier: Änderung Betreibermodell und Funktionserweiterung  
4096/2012

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
  - 2.1 Auftaktveranstaltung "Reden über Europa"
  - 2.2 Besuch des für die neue europäische Konzessionsrichtlinie zuständigen EU-Kommissars
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
  - 3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 23.01.2013  
Geschönter Wikipedia-Eintrag als kommunale Werbemaßnahme für die Archäologische Zone  
0312/2013
  - 3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 28.01.2013  
"Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011"  
0716/2013

3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Detjen vom 10.12.2012  
Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung in  
marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten  
0112/2013

3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 28.01.2013  
Neuer Rundfunkbeitrag  
0713/2013

3.5 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung  
des AVR vom 10.12.2012 zu TOP 7.2  
Betr.: Datenhandel der Stadt Köln  
0783/2013

3.6 Landeshundegesetz NRW (LHundG), Kostenerstattung nach Sicherstellungen  
3350/2012

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

4.1 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich des Dezer-  
nates I - Stand: 31.12.2012  
0292/2013

4.2 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2013  
0531/2013

4.3 Jahresbericht des Call-Centers 2012  
0556/2013

4.4 Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gem. Beschluss des  
Ausschusses Soziales und Senioren vom 25.10.2012 zur Vorlage 2854/2012 - Emp-  
fehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung  
der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtver-  
waltung  
4635/2012

4.5 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch  
PKW und LKW  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 06.12.2010  
0210/2013

#### **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

#### **6 Schriftliche Anfragen**

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013  
Armutszuwanderung nach Köln  
AN/0296/2013

- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.03.2013  
Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet  
AN/0180/2013
- 6.3 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.03.2013  
Berücksichtigung sozial- und umweltpolitischer Aspekte bei der Erstellung einer Kölner Vergabeordnung  
AN/0345/2013
- 6.4 Anfrage der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 07.03.2013  
Neues Meldegesetz  
AN/0351/2013
- 7 Mündliche Anfragen**
- 8 Anträge**
- 9 Platzvergaben**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln  
3493/2012
- 10.2 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
0054/2013
- 10.3 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"  
0454/2013
- 10.3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013  
Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"  
AN/0289/2013
- 10.4 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur Umsetzung der Bürgervorschläge  
0701/2013
- 10.5 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle  
0549/2013
- 10.6 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
Personalgestellung für die Überwachung in der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße  
4588/2012

- 10.7 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen  
0873/2013

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **12 Mitteilungen der Verwaltung**

### **13 Schriftliche Anfragen**

### **14 Mündliche Anfragen**

### **15 Anträge**

### **16 Allgemeine Vorlagen**

- 16.1 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 25 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 6-0364/2013
- 16.2 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Vertrages über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung im Objekt Gesamtschule Adalbertstr. 17 in 51103 Köln  
0370/2013
- 16.3 Einleitung eines Vergabeverfahrens (GE Im Weidenbruch 214)  
0376/2013
- 16.4 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung Übernahme der bisher geleasteten städtischen Netzwerkspeicher- & Datensicherungshardware durch Kauf  
0514/2013
- 16.5 Migration des BS2000-Verfahrens "AKDN sozial" (wirtschaftliche Sozialhilfe) auf Linux  
4096/2012

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **2 Internationales**

#### **2.1 Auftaktveranstaltung "Reden über Europa"**

Herr Wolf berichtet von der internationalen Veranstaltungsreihe "Reden über Europa", die am 10.03.2013 zu Gast in der Piazzetta des Historischen Rathauses zu Köln war und mit einer Rede des Präsidenten des Europäischen Parlamentes zum Thema "Europäische Demokratie in Zeiten der Krise" eröffnet wurde. Er ergänzt, zu dieser mit knapp 400 Teilnehmern gut besuchten Veranstaltung seien bereits erste Berichte im Kölner Stadtanzeiger zu finden.

#### **2.2 Besuch des für die neue europäische Konzessionsrichtlinie zuständigen EU-Kommissars**

Herr Wolf greift die Debatte um die neue umstrittene EU-Konzessionsrichtlinie auf und informiert, aus dem Netzwerk der Kölner Daseinsvorsorge heraus habe zu diesem Thema am 27.02.2013 ein Gespräch mit dem für die Richtlinie zuständigen EU-Kommissar stattgefunden, was nicht zuletzt auch der Bürgerinitiative "Right2Water" zu verdanken sei. Herr Wolf informiert, neben der Stadt Köln seien auch weitere Oberbürgermeister deutscher Städte angesprochen und somit Gesprächsbereitschaft der EU zu diesem Thema signalisiert worden.

Herr Wolf ergänzt abschließend, da man mit den von der EU vorgelegten Korrekturen noch nicht zufrieden sei, werde man hier weiterhin das Gespräch suchen.

Herr Granitzka fügt hinzu, diese bemerkenswerte Veranstaltung habe nun erstmalig nach Gründung des Netzwerkes der Kölner Daseinsvorsorge die Möglichkeit geboten, Anliegen und Sorgen der Kommunen auf direkter Ebene mit der EU zu besprechen.

### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

#### **3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 23.01.2013 Geschönter Wikipedia-Eintrag als kommunale Werbemaßnahme für die Archäologische Zone 0312/2013**

Herr Detjen berichtet lobend von einer Führung des Leiters der Archäologischen Zone, Herrn Dr. Schütte, der infolge der Berichterstattung rund um den Wikipedia-Beitrag zur Archäologischen Zone die Wikipedia-Gruppe Köln zu einer Führung eingeladen und sich hier um die Richtigstellung der fehlerhaften Einträge bemüht habe. Diese oder eine ähnliche Praxis wünsche er sich auch weiterhin im Umgang mit sozialen Medien. Er regt an, eine entsprechende Regelung in die Dienstanweisung für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln aufzunehmen.

Herr Kahlen informiert, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln seien bereits über den besonderen Umgang mit sozialen Medien aufgeklärt worden und ergänzt, der Hinweis werde darüber hinaus gerne aufgenommen und verwaltungsintern geprüft.

Frau dos Santos bittet abschließend darum, die Vorlage auch dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Kenntnis vorzulegen.



**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 28.01.2013  
"Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011"  
0716/2013**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.3 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Detjen vom 10.12.2012  
Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung  
in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen  
Diensten  
0112/2013**

Auf Nachfrage von Herrn Detjen bestätigt Herr Kahlen, dass inzwischen auch die letzten zwei vakanten Stellen im Ausbildungsbereich der Verwaltung nachbesetzt werden konnten.

Frau Manderla erinnert an eine weitere Anfrage ihrer Fraktion zu diesem Thema und erkundigt sich, für wann mit der Vorlage der Beantwortung zu rechnen sei.

Herr Kahlen informiert, die Beantwortung liege bereits vor und werde der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1).

**3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 28.01.2013  
Neuer Rundfunkbeitrag  
0713/2013**

Frau Manderla kritisiert, dass nur kurze Zeit nachdem ihr auf ihre Anfrage im Ausschuss von der Verwaltung mitgeteilt wurde, dass noch nicht ausreichend Daten zur Nennung der ab sofort von der Kommune zu entrichtenden Gebühren vorlägen, eine ausführliche Information der Presse stattgefunden habe.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Breite, inwiefern die zur Ermittlung der künftig zu entrichtenden Gebühr erforderlichen Daten inzwischen vollständig vorlägen, informiert Herr Kahlen, gerade die Erfassung der letzten 20 % der benötigten Daten sei sehr zeitaufwendig. Er ergänzt, im Gegensatz zu privaten Betrieben könne die Verwaltung hier nicht auf bereits vorhandene gesammelte Informationen zurückgreifen. Er fügt hinzu, die Auswertung werde sehr präzise und genau in Zusammenarbeit mit dem WDR durchgeführt.

Herr Kahlen informiert weiterhin, die Systematik des Rundfunkstaatsvertrages müsse zwingend modifiziert werden und fügt hinzu, zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden konnte hier in der vergangenen Woche eine Einigung insoweit erzielt werden, dass die geforderte Evaluierung nun auf eine breite Basis gestellt und wissenschaftlich untersucht werde. Er bittet abschließend um Beachtung, dass aufgrund der erzielten Einigung mit dem WDR, bis auf Weiteres die Beträge des Vorjahres leisten zu können, hier keine Eile geboten sei.

**3.5 Beantwortung der Anfragen von Herrn Detjen und Frau Koppmann aus der Sitzung des AVR vom 10.12.2012 zu TOP 7.2  
Betr.: Datenhandel der Stadt Köln  
0783/2013**

Auf Nachfrage von Herrn Detjen, inwiefern noch vor der für 2015 geplanten Verabschiedung des neuen Meldegesetzes weitere Einschränkungen im Hinblick auf die Erteilung von Meldeauskünften möglich seien, sichert Herr Kahlen die Beantwortung der Fragestellung zur nächs-

ten regulären Sitzung des Ausschusses zu.

Frau Koppmann sieht ihre Anfrage insbesondere im Hinblick auf die Aufklärung der Bürger, welche Rechte bestehen, Auskünfte auch Privatpersonen gegenüber zur verweigern, nicht vollständig beantwortet. Sie weist vor diesem Hintergrund auf eine gemeinsame Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zu diesem Themenkreis hin und schlägt vor, die offenen Fragen zusammen mit dieser Anfrage zu beantworten.

### **3.6 Landeshundegesetz NRW (LHundG), Kostenerstattung nach Sicherstellungen 3350/2012**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

### **4.1 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Geschäftsbereich des Dezernates I - Stand: 31.12.2012 0292/2013**

Frau Manderla bittet um Mitteilung, in welche Richtung die bisherigen Überlegungen der Verwaltung zum Themenkreis "Diversity - Management" gingen.

Außerdem greift sie den Beschluss des Rates zum Thema "Optimierte Dienstleistung im Bezirk und modernen Europa" auf und erkundigt sich nach der Effektivität bzw. der Resonanz auf die vorgenommene Reduzierung der Öffnungszeiten in den Meldehallen bzw. dem Servicezentrum Innenstadt.

Herr Kahlen informiert, hinsichtlich des Themas "Diversity - Management" befinde man sich bereits in der Schlussabstimmung mit dem Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt sowie dem Büro des Oberbürgermeisters.

Bezüglich der Öffnungszeiten der Meldehallen bzw. des Servicezentrums Innenstadt verweist er auf eine Sitzung des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation vom 31.01.2013, in der auch diese Thematik aufgegriffen wurde und sichert Frau Manderla zu, ihr die Niederschrift auf Wunsch gerne zur Kenntnis zukommen zu lassen. Herr Kahlen führt aus, bisher lägen hier keine Beschwerden der Einwohnerinnen und Einwohner vor; einen ausführlichen Erfahrungsbericht habe die Verwaltung nach Ablauf eines Jahres bereits zugesagt.

Auf weitere Rückfrage von Frau Manderla, inwiefern der vom Rat beschlossene und eher theoretisch gefasste Antrag ihrer Fraktion zum Thema "Internetstadt Köln" Bedeutung in der Praxis finde, sichert Herr Kahlen dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

Auf Rückfrage von Frau Möller, ab wann mit der auf Seite 14 des Berichtes angekündigten Installation einer Aufrufanlage in der Meldehalle Porz zu rechnen sei, versichert Herr Kahlen, dass er sich für die Umsetzung bis spätestens zum 22.04.2013 einsetzen werde.

Frau von Bülow greift eine Passage auf Seite 38 des Berichtes auf und fragt, inwiefern die im Zusammenhang mit der neu eingerichteten Steuerungsstelle I/2 - Gesundheitsmanagement und Arbeitssicherheit - aufgeführten Stellen inzwischen vollständig besetzt seien.

Herr Kahlen teilt mit, sowohl für die Besetzung von 2 Stellen für Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen als auch für die Besetzung von 2 ½ Stellen für Ärztinnen/Ärzte liefe noch ein Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren.

#### **4.2      aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2013 0531/2013**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3      Jahresbericht des Call-Centers 2012 0556/2013**

Frau Manderla fragt, ob vor dem Hintergrund der erfolgreich eingegangenen Kooperationen des Kölner Call-Centers nicht auch weitere Kooperationen z.B. in den Bereichen "Meldewesen" oder auch "IT" möglich wären.

Herr Kahlen bedankt sich für die Frage und bestätigt, die Bündelung von Wissen über die Einrichtung sogenannter Fachkompetenzzentren sei auch für andere Bereiche zu überlegen. Er ergänzt, so unterstütze z.B. Herr Bläser die derzeitigen Überlegungen im Bereich der Beihilfe zur Einrichtung von insgesamt fünf Fachkompetenzzentren in Nordrhein-Westfalen.

Herr Granitzka fügt ergänzend hinzu, ein solches Modell sei bereits erfolgreich auf Landesebene eingerichtet worden.

Herr Richter bittet um Auskunft, inwiefern sich die hohe Mitarbeiterzufriedenheit auch in einer geringen Fluktuationsquote widerspiegeln und bittet ggfs. um Nennung von Vergleichswerten.

Herr Perkhof informiert, Vergleichswerte zur übrigen Verwaltung lägen ihm zwar nicht vor, eine übermäßige Fluktuation sei jedoch nicht gegeben. Er ergänzt, in den Jahren 2011 und 2012 haben jeweils 15 bzw. 16 Mitarbeiter/ -innen das Call-Center verlassen und fügt hinzu, die Hauptgründe seien beginnende Elternzeit oder auch aufstiegsbedingte Wechsel in andere Ämter gewesen.

Auf Rückfrage von Frau Möller teilt Herr Perkhof mit, die aufgetretenen vorübergehenden Vakanzen haben nicht zu überdurchschnittlichen Warteschleifen geführt. Er bittet um Beachtung, Wartezeiten können, insbesondere in Zeiten, in denen das Anrufaufkommen sehr hoch sei, nie komplett ausgeschlossen werden. Herr Perkhof versichert, man sei jedoch stets bemüht, diese möglichst gering zu halten.

#### **4.4      Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gem. Beschluss des Ausschusses Soziales und Senioren vom 25.10.2012 zur Vorlage 2854/2012 - Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung 4635/2012**

Herr Detjen fragt, inwiefern - ähnlich des für Migrantinnen und Migranten bereits vorhandenen Ausbildungsförderungsprogrammes - nicht auch die Einrichtung einer solchen Gruppe für ausbildungssuchende Menschen mit Behinderungen zu überlegen sei und weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Beantragung von Fördermitteln des Landes zu diesem Zwecke hin.

Herr Kahlen sichert zu, diesen Hinweis gerne verwaltungsintern zu überprüfen. Dennoch bitte er um Beachtung, dass die Kapazitäten in diesem Bereich bereits deutlich ausgeschöpft seien und insbesondere die Ausbilderinnen und Ausbilder an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stießen.

**4.5 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch PKW und LKW**  
**hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 06.12.2010 0210/2013**

Frau dos Santos bittet die Verwaltung, auch wenn die Befahrung des Heinrich-Böll-Platzes ggfs. ausschließlich über den Roncalliplatz möglich sei, diesen Platz ebenfalls in die Frage einer möglichen Umwidmung aufzunehmen.

Herr Wolter erklärt sich sowohl mit dem Inhalt der Mitteilung als auch mit der Dauer bis zur endgültigen Vorlage des Prüfungsergebnisses unzufrieden und weist in diesem Zusammenhang auf seine Äußerungen im Verkehrsausschuss hin. Er hoffe, dass der dort zu diesem Thema beschlossene Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Debatte neuen Schwung geben und so zu einer zügigeren Lösungsfindung beitragen könne.

Frau Manderla ergänzt, ihrer Fraktion sei insbesondere an einer nachhaltigen Lösung gelegen.

Da sich die in der Vorlage genannten Kosten zur Beseitigung der entstandenen Plattenschäden offenbar nur auf den Roncalliplatz bezögen, fragt Frau Möller, inwieweit auch für die Restaurierung des Heinrich-Böll-Platzes bereits Kostenschätzungen vorlägen.

Darüber hinaus bittet sie bei den weiteren Überlegungen zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Kunstwerk um eine Dachbrückenkonstruktion handele, die nur geringe Lasten trage. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der kosten- und zeitintensiven Restaurierung des Platzes sollte darauf hingewirkt werden, dass die AWB zukünftig keine schweren LKW mehr zur Reinigung des Platzes einsetze.

Abschließend bittet sie den Ausschuss noch darüber zu informieren, ob für die Anlieferung des Museums sowie des Café Ludwig bzw. der Buchhandlung Walther König nicht ggfs. auch andere Zufahrten, als wie bisher über den Heinrich-Böll-Platz, genutzt werden könnten.

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**6 Schriftliche Anfragen**

**6.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.03.2013**  
**Armutszuwanderung nach Köln**  
**AN/0296/2013**

Frau Manderla ergänzt, neben der fachübergreifenden Diskussion im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales halte sie auch die Miteinbeziehung der Bereiche Soziales, Schule und Gesundheit für sinnvoll.

Auf Vorschlag von Frau Manderla sichert Herr Kahlen zu, die Beantwortung der Anfrage auch den entsprechenden Fachausschüssen zur Kenntnis zu geben.

**6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.03.2013**  
**Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet**  
**AN/0180/2013**

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**6.3 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.03.2013  
Berücksichtigung sozial- und umweltpolitischer Aspekte bei der Erstellung einer Kölner Vergabeordnung  
AN/0345/2013**

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**6.4 Anfrage der Fraktionen SPD und Die Grünen vom 07.03.2013  
Neues Meldegesetz  
AN/0351/2013**

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**7 Mündliche Anfragen**

**7.1 Mögliche Beeinträchtigung des Weihnachtsmarktes aufgrund von Verkehrsumleitungen**

Herr Wolter informiert, der künftige Betreiber des Kölner Weihnachtsmarktes habe Bedenken geäußert, die Sperrung der Straße "Kleine Sandkaul" und die dadurch bedingte Umleitung des Verkehrs Richtung Rheinufer über den Heumarkt könne Auswirkungen auf den geplanten Ablauf des Weihnachtsmarktes haben.

Herr Lachmann erklärt, die Kleine Sandkaul sei unter anderem für die Dauer der dortigen Bauarbeiten der KVB rund um den U-Bahn-Ausbau gesperrt und ergänzt, die KVB beabsichtige jedoch nach derzeitigem Stand die Räumung dieses Bereiches bis spätestens November 2013. Er fügt hinzu, auch durch die Baustelle am Gürzenich sei noch mit weiteren Verkehrseinschränkungen zu rechnen, die allerdings zum größten Teil mit Aufhebung der Sperrung zum U-Bahn-Ausbau abgewickelt sein sollten. Er versichert, die Verwaltung sei sehr bemüht, über diesen Zeitraum hinausgehende Behinderungen möglichst gering zu halten bzw. Auswirkungen auf den Weihnachtsmarkt zu vermeiden.

Herr Wolter ergänzt abschließend, er wünsche sich eine möglichst baldige und dauerhafte Wiederherstellung des ursprünglichen Verkehrsgeschehens rund um den Heumarkt.

**7.2 Beseitigung von illegal aufgestellten Altkleidercontainern / Sachstand Organisationsanalyse Gebäudewirtschaft**

Auf Nachfrage von Frau von Bülow, wer für die Beseitigung der illegal aufgestellten Altkleidercontainer zuständig sei, sichert Herr Kahlen dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

Frau von Bülow hinterfragt zudem, inwieweit die Verwaltung die Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft nun ohne weitere Regelungen eigenständig durchführen könne, anstatt im Sinne des ursprünglichen Ratsbeschlusses auf externe Unternehmensberater zurückzugreifen.

Des Weiteren erwähnt sie einen von den Beschäftigten der Gebäudewirtschaft für die Verwaltung zusammengestellten Fragenkatalog und bittet um Auskunft, ob die Antwort der Verwaltung z.B. auch dem Ausschuss oder der Gebäudewirtschaft vorab zur Kenntnis gegeben werden soll bzw. ob die Ergebnisse vielmehr direkt in die Organisationsuntersuchung mit einfließen.

Herr Kahlen bittet um Beachtung, dass der genannte Ratsbeschluss die Durchführung der

Organisationsanalyse durch die Verwaltung ausdrücklich vorsehe. Er erläutert, der Rat habe es der Verwaltung überlassen, zu entscheiden, inwiefern ergänzend externer Sachverständiger hinzugezogen werde. Er fügt hinzu, die Verfahrensweise der Verwaltung sei im Übrigen identisch mit der Vorgehensweise, auf die auch externe Unternehmensberater zurückgreifen würden.

Herr Kahlen informiert darüber hinaus, die Verwaltung arbeite an der Beantwortung des Fragenkataloges, der in Teilen bereits von ihm bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Organisationsamtes beantwortet worden sei. Die Antworten würden darüber hinaus, zusammen mit allen verfügbaren Dokumenten, in die von der Gebäudewirtschaft zu diesem Thema eingerichtete Informationsplattform eingebracht werden. Herr Kahlen fügt abschließend hinzu, auf Wunsch könnten diese selbstverständlich auch der Lenkungsgruppe zur Kenntnis gegeben werden.

### **7.3 Ergänzende mündliche Nachfrage von Frau Möller zur Beseitigung von illegal aufgestellten Altkleidercontainern**

Frau Möller berichtet von einem auf dem Bahnhofsvorplatz in Gremberghoven stehenden Altkleidercontainer, auf dem die Stadt Köln einen Aufkleber angebracht habe, der den Eigentümer auffordere, den Container zur Vermeidung einer kostenpflichtigen Entsorgung durch die Stadt bis zum 12.09.2012 von dort zu entfernen. Da dieser sich jedoch weiterhin auf dem Bahnhofsvorplatz befinde, bittet sie hier um Erklärung.

Herr Kahlen sagt Frau Möller die Klärung des Sachverhaltes bis spätestens zu Beginn der kommenden Woche zu.

*Nachtrag der Verwaltung zur Niederschrift:*

*Der Container wurde am 15.03.2013 sichergestellt und vom Bahnhofsvorplatz entfernt.*

### **7.4 Rückfrage von Herrn Detjen zu einer Mitteilung der Wohnungsversorgungsbetriebe**

Herr Detjen greift eine Passage aus einer Mitteilung der Wohnungsversorgungsbetriebe vom 10.10.2012 auf, wonach im Bereich der Flüchtlingsheime nur 17,5 der vorhandenen 22 Stellen besetzt seien sowie darüber hinaus die Mindestanwesenheit der Heimleitungen nur bei 42 % läge.

Herr Kahlen informiert, dass diese Thematik ebenfalls von Frau Beigeordnete Reker im Stadtvorstand angesprochen wurde und sichert dem Ausschuss die Überprüfung des Sachverhaltes sowie die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

## **8 Anträge**

### **9 Platzvergaben**

### **10 Allgemeine Vorlagen**

#### **10.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln 3493/2012**

Frau Koppmann greift die Formulierung unter "1. Allgemeines" aus der vorliegenden Honorarordnung auf, wonach den Dozentinnen und Dozenten ihr Honorar in der Regel nach

Veranstaltungsende überwiesen werden soll und bittet darum, diese zu präzisieren oder hier alternativ auf die mit den Dozentinnen und Dozenten abgeschlossenen Verträge zu verweisen.

Herr Schüller, Leiter der Volkshochschule Köln, bedankt sich für den Hinweis und versichert, dass dieser aufgegriffen und nachträglich in die Vorlage eingearbeitet werde. Er bittet darüber hinaus um Beachtung des auf diese Formulierung folgenden Satzes und erklärt, das vereinbarte Honorar könne erst ausgezahlt werden, wenn die zur Dokumentation der durchgeführten Leistungen erforderlichen Nachweise vorgelegt wurden.

Frau Koppmann ergänzt, dies sollte jedoch nicht erst nach Abschluss der gesamten Kursdauer sondern z.B. bereits nach Ablauf einer Kurseinheit erfolgen.

Herr Schüller betont, diese Thematik werde sehr sorgfältig behandelt und ergänzt, die Verwaltung sei stets bemüht, die Honorare möglichst zeitnah zu überweisen.

Herr Granitzka bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, vorbehaltlich der nachträglich aufgenommenen Modifizierung dieser Passage zu beschließen sowie den Beschlussvorschlag des Ausschusses Schule und Weiterbildung zu übernehmen und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

**Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat der Stadt Köln unter Vorbehalt, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung. **Nach einem Jahr soll darüber berichtet werden, ob das Ziel gleichbleibender Kosten erreicht wurde.**“

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.

**10.2 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
0054/2013**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.3 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"  
0454/2013**

**10.3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013  
Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf  
die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"  
AN/0289/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage sowie den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.03.2013 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.4 Bürgerhaushalt 2013 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren zur Umsetzung der Bürgervorschläge  
0701/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales nimmt die in seine Zuständigkeit fallenden am besten bewerteten Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltverfahrens 2013 einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat die Verwaltung zu beauftragen, die positiv bewerteten Vorschläge umzusetzen, soweit eine Deckung vorhanden oder eine kostenneutrale Umsetzung möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.5 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle  
0549/2013**

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann zur unterschiedlichen Angabe der zu erwartenden Kosten erklärt Herr Kahlen, die Differenz sei auf einen Tippfehler im Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes zurückzuführen. Die hier angegebenen Kosten bezögen sich richtigerweise auf den Zeitraum bis zum 30.06.2015.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Beauftragung des erforderlichen Überwachungspersonals für die Dauer des Betriebes der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße fest.

Bis zur Umsetzung organisatorischer und personeller Maßnahmen in Verbindung mit dem Betrieb der dauerhaft einzurichtenden Tunnelleitstelle gemäß den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006) ist die Besetzung der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße durch die Beauftragung externer Sicherheits- und Wachdienste sicherzustellen.

Der voraussichtliche Aufwand beträgt 440.000 Euro jährlich. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW sind erfüllt.



### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **10.6 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung Personalgestellung für die Überwachung in der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße 4588/2012**

Herr Breite merkt an, die FDP-Fraktion könne die Vorlage in der Form nicht mittragen, da die Höhe des kalkulierten Kostenaufwandes nicht nachzuvollziehen sei. Insbesondere könnten die durch den Einsatz von hochqualifiziertem Personal der Feuerwehr entstehenden Kosten hier nicht als Vergleich herangezogen werden.

Herr Granitzka teilt mit, er könne Herrn Breites Bedenken durchaus nachvollziehen und erklärt, er habe der Dringlichkeitsvorlage insbesondere deshalb zugestimmt, da er diese auch aufgrund des kurzfristigen Handlungsbedarfes für alternativlos hielt.

Herr Kahlen informiert, durch mögliche Synergien der Leitzentralen erhoffe er sich hier zukünftige Kostenersparnisse.

Auf weitere Anmerkung von Herrn Dr. Elster erklärt Herr Neweling, die in der Vorlage genannten Kosten i.H.v. 440.000 € seien unter anderem über einen bereits bestehenden und nach einer ordnungsgemäß durchgeführten Ausschreibung abgeschlossenen Rahmenvertrag der Gebäudewirtschaft abgedeckt bzw. werden über diesen abgewickelt. Er erläutert, die zusätzlichen Stellen seien nachträglich in diesen Vertrag mit aufgenommen worden.

Herr Neweling informiert, da der Einsatz hochqualifizierten Feuerwehrpersonals nicht zwingend erforderlich sei, werde man im weiteren Verlauf der Untersuchungen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des Personal- und Organisationsamtes auch die alternative Möglichkeit besprechen, eigenes zuvor gut ausgebildetes Personal einsetzen zu können.

### **Beschluss:**

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung stellen wir den Bedarf für die Beauftragung des erforderlichen Überwachungspersonals für den Betrieb der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße für zunächst 4 Monate bis zum 30.04.2013 fest.

Bis zur Umsetzung organisatorischer und personeller Maßnahmen in Verbindung mit dem Betrieb der dauerhaften Tunnelleitstelle gemäß den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006) ist die Besetzung der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße durch die Beauftragung externer Sicherheits- und Wachdienste sicherzustellen.

Der voraussichtliche Aufwand für den zunächst viermonatigen Einsatz beläuft sich auf rund 147.000 Euro. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2013 veranschlagt.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW sind erfüllt.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich, gegen die Stimme der FDP-Fraktion, genehmigt

### **10.7 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 0873/2013**

Da die vorgeschlagenen Änderungen in der Geschäftsordnung des Rates der Vereinfachung des Verfahrens bei Ratsanträgen dienen, spricht sich Herr Granitzka für eine positive Beschlussfassung aus.

Frau dos Santos Herrmann meldet insbesondere hinsichtlich des für die Bezirksvertretungen vorgesehenen neuen Absatzes weiteren Gesprächsbedarf der SPD-Fraktion an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Herr Mohr informiert, zur Verbesserung der Geschäftsabläufe des Rates sei eine kurzfristige Änderung der Geschäftsordnung des Rates geboten. Insbesondere da von Seiten der Bezirksvertretungen keine Klagen bezüglich der bisherigen Fristenregelung bekannt seien, ist vorgesehen, diese dort beizubehalten. Herr Mohr ergänzt, andernfalls wären die Bezirksvertretungen in die Beratungsfolge der Vorlage mit einzubeziehen, was die Beschlussfassung im Rat erst zu einem späteren Zeitpunkt ermögliche.

Herr Wolter regt an, die Vorlage den Bezirksvertretungen zumindest zur Kenntnis zu geben.

Herr Krems teilt mit, als Fraktionsvorsitzender einer Bezirksvertretung würde er sich wünschen, dass die Bezirke bei derartigen Änderungen grundsätzlich im Rahmen einer Anhörung beteiligt werden. Er fügt hinzu, bei der nun vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung des Rates seien durch den Wegfall der Feiertagsregelung unter § 3 II auch die Bezirksvertretungen von der Verfahrensänderung betroffen. Auch wenn diese von dieser in erster Linie materiellen Änderung profitierten, sollten sie zumindest an den Beratungen zur Vorlage beteiligt werden. Alternativ sollte der bisherige Satz 2 des § 3 II in den neuen Absatz 1a des § 38 der Geschäftsordnung aufgenommen werden, so dass sich auch in materieller Hinsicht keine Änderungen für die Bezirke ergäben.

Herr Breite schließt sich Herrn Krems Äußerungen an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, um der Verwaltung so die Möglichkeit zu bieten, diese Korrektur noch in die Vorlage aufzunehmen.

Herr Mohr bedankt sich für die Hinweise und bittet den Ausschuss, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Des Weiteren sichert er zu, den Vorschlag aufzugreifen und zur Ratsitzung eine dementsprechend geänderte Anlage vorzulegen sowie die Bezirksvertretungen über die Änderungen zu informieren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

gez. Granitzka  
Vorsitzender

gez. Stiens  
Schriftführerin